



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender**

Herr Rahmfeld

Telefon: (0221) 21087

Fax: (0221) 29166

E-Mail: christian.rahmfeld@stadt-koeln.de

Datum: 04.12.2013

Niederschrift

über die **Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 19.11.2013, 17:00 Uhr bis 19:25 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jochen Saurenbach	Bartmänner Köln e.V.
Frau Anni Hausladen	Amigas, Netzwerk lesbischer Unternehmerinnen NRW e.V
Herr Pascal Siemens	KLuST e.V.
Frau Ina Wolf	KLuST e.V.
Frau Dr. Beate Blatz	Sozialwerk für Lesben und Schwule e.V. /Beratungszentrum RUBICON
Frau Carolina Brauckmann	Beratungszentrum RUBICON
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln
Frau Deborah Reinert	LSVD OV Köln
Herr Michael Schumacher	Aidshilfe Köln e.V.
Herr Thomas Haas	Jugendzentrum anyway
Frau Dagmar Ziege	SC Janus e.V.

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Clemens Wittenbrink	Rheinfetisch e.V.
Herr Frank Pochert	SchwIPS e.V.

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Herr Andreas Wolter	GRÜNE
Herr Udo Molitor	FDP

Verwaltung

Herr Christian Rahmfeld	Punktdienststelle Diversity 5001/3
-------------------------	------------------------------------

Frau Maria Knaup	Punktdienststelle Diversity 5001/3
Herr Frieder Wolf	Amt des Oberbürgermeisters (01/4)
Herr Franco Prandi	Personal- und Organisationsamt (111/2)
Herr Bernd Götting	Amt für öffentliche Ordnung (32)
Frau Inge Schürmann	Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (13)
Frau Inge Steinbach	Jugendamt (51)
Frau Barbara Steinraths	Amt für Soziales und Senioren (50)
Frau Anne Luise Müller	Stadtplanungsamt (61)
Herr Gerald Hennen	SchleKS

Gäste

Frau Claudia Wallerius	Polizeipräsidium Köln
------------------------	-----------------------

Entschuldigt fehlen:

Herr Michael Lohaus	SC Janus e.V.
Herr Ulrich Breite	FDP-Fraktion
Herr Michael Gabel	Fraktion proKöln
Frau Monika Blättermann	Dezernat Wirtschaft und Liegenschaften

Herr Rahmfeld eröffnet die Sitzung und teilt den Anwesenden mit, dass Frau Reker erkrankt sei und nicht an der Sitzung teilnehmen könne. Frau Reker richte herzliche Grüße an die Versammlung aus. Da die Vertretung durch eine Beigeordnete bzw. einen Beigeordneten aufgrund des kurzfristigen Ausfalls nicht möglich sei, biete die Verwaltung an, die Sitzung durchzuführen, Herr Rahmfeld werde die Sitzungsleitung übernehmen. Dieses Angebot wird von Seiten der stimmberechtigten Mitglieder begrüßt.

Zu Beginn der Sitzung begrüßt Herr Rahmfeld Frau Schürmann vom Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Frau Müller vom Stadtplanungsamt, die beide gebeten haben, aus terminlichen Gründen die sie betreffenden Tagesordnungspunkte vorzuziehen. Herr Rahmfeld schlägt außerdem vor, den Punkt 5.1, für den Herr Wolf vom Büro für Internationale Angelegenheiten kommen werde, im Anschluss zu behandeln.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung seitens der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender liegen nicht vor.

Da Einvernehmen über die Änderungswünsche besteht, ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung**
- 3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 4 Diversity**
 - 4.1 Sachstand Diversity
- 5 Sachstandsberichte und Mitteilungen**
 - 5.1 Städtepartnerschaften
 - 5.2 Bebauungspläne
 - 5.3 Homophobie im Fußball
- 6 Berichte aus Ausschüssen**
- 7 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen**
- 8 Anfragen/Anträge**
- 9 Öffentlichkeitsarbeit**
- 10 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**
 - 10.1 Termine der Stadt AG LST im Jahr 2014
- 11 Verschiedenes**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 12 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Herr Rahmfeld begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste. Er unterbreitet das Angebot der Verwaltung, die Sitzung ohne die Beigeordnete für Soziales durchzuführen. Zu diesem Vorgehen gibt es einhellige Zustimmung durch die Stimmberechtigten Mitglieder.

Vor Eintritt in die Tagesordnung zeigt Frau Reinert einen Film zum Thema Transgender, den sie selbst erstellt hat. Frau Reinert teilt dazu mit, der Film werde am 20.11.2013, dem „Transgender Day of Remembrance“ (TDoR) auf youtube (http://www.youtube.com/watch?v=cUKQ_mrXncU) veröffentlicht. Sie bitte um Unterstützung bei der Verbreitung, weil es sich um ein wichtiges Thema handle. Der Film solle zu Diskussionen anregen.

Frau Brauckmann lobt den Film. Er sei ein starkes Signal für das Thema Transgender. Sie fragt, wo dieser gezeigt werde.

Frau Reinert erklärt dazu, der Film solle möglichst weit verbreitet werden. Er solle in Schulen und auf Vorträgen gezeigt werden. Auch bei einer Veranstaltung des Sozialwerks für Lesben und Schwule in Düsseldorf sei er bereits gezeigt worden.

Herr Siemens bietet an, sich gerne an der Verbreitung des Films zu beteiligen und dazu die Kanäle des KLuST zu nutzen.

Herr Rahmfeld bedankt sich für die Vorführung des Films. Er bietet ebenfalls an, den Link über die Netzwerke, denen die Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender angeschlossen ist, zu verbreiten.

Beschluss:

2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung

Zur Niederschrift der Sitzung vom 23.09.2013 gibt es keine Wortmeldungen; sie wird damit einstimmig genehmigt.

3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Herr Rahmfeld stellt fest, dass der Verwaltung zu diesem Punkt nichts vorliegt.

4 Diversity

4.1 Sachstand Diversity

Herr Rahmfeld gibt für Frau Reker einen kurzen Sachstand zur Entwicklung im Bereich Diversity wider. Er habe mit der Beigeordneten telefoniert und sie habe mitgeteilt, dass eine Person für die Leitung der Punktdienststelle Diversity gefunden worden

sei. Diese werde voraussichtlich noch in dieser Woche einen Arbeitsvertrag unterzeichnen und zum 01.12.2013 ihre Tätigkeit bei der Stadt Köln aufnehmen. Ein Name sei ihm nicht bekannt. Er gehe aber davon aus, dass sich die neue Dienststellenleiterin in der kommenden Sitzung am 20.01.2014 vorstellen werde.

Herr Siemens erkundigt sich nach der Antwort auf den Brief an den Oberbürgermeister, den die stimmberechtigten Mitglieder bereits im Sommer an ihn gerichtet haben. Hier sei trotz der Zusage von Frau Reker in der letzten Sitzung bis heute kein Antwortbrief eingegangen. Im Namen der stimmberechtigten Mitglieder empfehle er dem Oberbürgermeister, diesen Brief nun zu beantworten.

Er bittet außerdem um Auskunft, ob ein Treffen mit den Vertretern der StadtAG Behindertenpolitik geplant sei. Frau Reker habe dieses Treffen in Aussicht gestellt, sobald die Leitung der Diversity-Dienststelle besetzt sei.

Herr Rahmfeld erklärt dazu, dass er über den Verbleib des Briefes keine Kenntnis habe. Da Frau Reker eine kurzfristige Beantwortung in Aussicht gestellt habe, gehe er davon aus, dass ihr dies so mitgeteilt worden sei. Er werde mit Frau Reker sprechen, um eine Klärung zum Verbleib des Antwortbriefes zu erzielen.

Die gemeinsame Veranstaltung mit der StadtAG Behindertenpolitik sei weiterhin, so wie in der letzten Sitzung der StadtAG LST vorgeschlagen, für die Zeit vorgesehen, wenn die Leitungsstelle Diversity besetzt sei.

5 Sachstandsberichte und Mitteilungen

5.1 Städtepartnerschaften

Herr Rahmfeld erklärt, dass die Arbeitsgruppe der StadtAG LST zu Städtepartnerschaften sich Anfang November in den Räumlichkeiten der Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender getroffen und über das Thema Städtepartnerschaften ausgetauscht hat. Zu der Sitzung waren Herr Wolter, Frau Linda Kramer (KLuST), Frau Dr. Blatz, Herr Wolf, Frau Knaup und Herr Rahmfeld anwesend.

Herr Wolf trägt vor, dass die Arbeitsgruppe sehr produktiv gewesen sei und an den Vorstellungen der StadtAG weiter gearbeitet habe. Es sei um die Themen Lernen von anderen und Austausch unter Partnerstädten, die nach Möglichkeit über EU-Förderprogramme finanziert werden sollen, was jedoch nur für Städte der EU möglich sei, gegangen. Zu Überlegungen über Einladungen zum CSD 2014 oder 2015 müsste zunächst von der Politik über die Frage der Mittelbereitstellung gesprochen werden. Im Jahr 2009 seien hierfür 10.000 € veranschlagt worden.

Es habe zwischenzeitlich Signale aus Partnerstädten gegeben, in denen er mit verschiedenen Organisationen in Kontakt sei. Hier habe sich gezeigt, dass Einladungen erfreulich seien, dass als Geste der Solidarität ein Besuch einer Kölner Delegation z.B. zum CSD jedoch in Istanbul ein stärkeres Signal sei. Auch dies müsse von der Politik ermöglicht werden.

Ein weiterer Punkt sei die Unterstützung in konkreten Situationen, in denen Lesben, Schwule und Transgender diskriminiert werden oder von Verfolgung betroffen sind. Dies müsse exakt recherchiert werden. Die Stadt müsse dann jeweils gut überlegen, wie von offizieller Seite interveniert werden könne. Die Wirkung der Resolution an Wolgrad könne er noch nicht beurteilen. Ein regelmäßiger Austausch der in der

StadtAG LST vertretenen Organisationen mit dem Büro für Internationales im Amt des Oberbürgermeisters sei sehr wichtig für eine erfolgreiche Arbeit. Man könne wechselseitig voneinander profitieren.

Herr Malavasi erklärt, er stehe in intensivem Kontakt mit Kollegen aus Wolgograd. Es sei hilfreich, wenn die Verwaltung ihn auf dem Laufenden halte, damit jeder im Zusammenhang mit den internationalen Kontakten auf dem aktuellen Stand sei.

Herr Saurenbach spricht die Situation in Istanbul an. Es sei schade, dass man in der Türkei über staatliche Stellen nicht weiter komme. Daher bittet er um einen engen Kontakt zur Verwaltung, um ihn in der Zusammenarbeit mit den Kollegen in Istanbul zu unterstützen.

Herr Wolf teilt mit, dass der Brief des Oberbürgermeisters an seine Amtskollegin in Wolgograd nicht öffentlich gewesen sei. Es sei aber ein Brief verschickt worden. Es gebe in diesem Zusammenhang außerdem die Ratsresolution, die öffentlich sei. Diese sei das stärkste politische Signal gewesen, das von Seiten der Stadt Köln ausgegangen sei. In Wolgograd gebe es keine organisierte Lesben- und Schwulenszene, was die Zusammenarbeit schwierig mache. Es sei nicht einfach, überhaupt Kontakte zu knüpfen und er sei dankbar, wenn auch er von der Community über neue Entwicklungen informiert werde.

In Istanbul werden in 2014 Kommunalwahlen stattfinden. Er sei sehr gespannt, was sich bei diesen Wahlen für Änderungen ergeben. Die regierenden Parteien seien sehr konservativ und wollten das Privatleben normieren. Durch die Demonstrationen im Gezi-Park sei eine neue Partei entstanden. Es sei sehr interessant, welche Rolle diese bei den kommenden Wahlen einnehme.

Er habe in seinen Kontakten zu den Partnerstädten darauf hingewiesen, dass es in Köln eine Stadtarbeitsgemeinschaft für Lesben, Schwule und Transgender gebe. Diese Information sei auf sehr großes Interesse gestoßen, weil es ähnliche Gremien in diesen Städten nicht gebe. Auch das Interesse der Mitglieder der StadtAG, Kontakte zu knüpfen, habe er weiter getragen. Besuche sollten nach seiner Auffassung in beide Richtungen verlaufen. Für die Unterstützung zur Visaerteilung stehe er mit seiner Abteilung gerne zur Verfügung, auch für das jährliche Treffen der Bartmänner, er brauche dafür jedoch umfangreiche Informationen zu den eingeladenen Personen.

Herr Siemens fragt zur Einladung von Vertreterinnen und Vertretern zum CSD, ob die Politik sich um einen finanziellen Zuschuss dafür bemühe. Er wolle die Empfehlung an den Oberbürgermeister aussprechen, die Oberbürgermeisterin aus Wolgograd zum nächsten ColognePride nach Köln einzuladen.

Herr Wolter erklärt, dass die Politik für das Zurverfügungstellen von Ressourcen für Einladungen aus den Partnerstädten zuständig sei. Dafür müssten Mehrheiten gefunden werden. Zu einem Meinungsbild in den anderen Fraktionen könne er nichts sagen. Ihm sei wichtig, dass man auf Hilferufe aus Kattowitz reagiere und man sich nicht ausschließlich auf Wolgograd konzentriere. Man müsse auch mit Städten Kontakt suchen, von denen man ebenfalls profitieren könne, wie z.B. Barcelona, wo die Mittel für den LSBT-Bereich erheblich gekürzt worden seien. Austausch und Aktivitäten dürften sich nicht nur auf Wolgograd konzentrieren, weil Hilfe auch in anderen Partnerstädten dringend benötigt werde.

Herr Wolf denkt zum Vorschlag, die Oberbürgermeisterin aus Wolgograd einzuladen, es sei sinnvoller, dies nur als Teil eines ´Pakets´ zu machen, wie es im Jahr 2009 gehandhabt worden sei. Es seien offizielle Vertreterinnen und Vertreter der Szene eingeladen worden. Lediglich aus Tel Aviv sei eine offizielle Vertretung angereist. Sollte die Oberbürgermeisterin tatsächlich kommen, mache es nur Sinn, wenn dies in ein städtepartnerschaftliches Programm eingebunden werde.

Frau Brauckmann stellt die Frage, was die Aussagen für die Zukunft und insbesondere für die Aktivitäten zum CSD 2014 bedeuten.

Herr Wolf stellt klar, dass die Verwaltung das Thema nicht aus den Augen verliere und sich die kleine Arbeitsgruppe der StadtAG LST weiter mit dem Thema beschäftige. Auch zu dem Format eines möglichen EU-Projekts müssten Überlegungen angestellt werden. Es sei wichtig, von den Partnerstädten wechselseitig zu lernen und diese zu unterstützen, wenn konkrete Gefährdungspotentiale bekannt werden. Dafür sei er auch auf einen Austausch mit den stimmberechtigten Mitgliedern angewiesen. Zu Einladungen zum CSD sei die Politik gefordert. Er sei zuversichtlich, dass eine Mehrheit für 2014 oder 2015 möglich sei. Für 2014 könne die Verwaltung aufgrund des Doppelhaushalts keine Mittel mehr erwirken.

Herr Wolter schlägt vor, dass es sinnvoll sei, aus dem Kreis der StadtAG LST und der Community noch in dieser Wahlperiode ein Konzept zu entwickeln, um das Thema für den CSD 2015 in den Haushaltsplan zu bekommen. Für EU-Mittel wäre es besser, wenn dieses Konzept noch früher erstellt werde, da es dafür sehr lange Antragsfristen gebe. Je früher die Politik wisse, was konkret unternommen werden solle, um so wahrscheinlicher sei es, rechtzeitig die Mittel zu bekommen.

5.2 Bebauungspläne

Herr Malavasi führt aus, er habe im Auftrag der stimmberechtigten Mitglieder eine Anfrage und einen Antrag verschickt. Beide Schreiben liegen der StadtAG LST als Tischvorlage vor.

In der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses (SteA) sei das Thema Bebauungspläne besprochen worden. Es sei um die Bereiche nördliche Severinstraße und Brandenburger Straße gegangen. Er habe als Sachkundiger Einwohner dazu die Meinung der stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG LST vertreten, um eine Klärung herbei zu führen. Es sei teilweise heftig auf seine Ausführungen reagiert worden. Speziell sei es um schwule Kneipen mit Darkroom und die Frage gegangen, ob diese als Gaststätte oder als Vergnügungsstätte definiert werden. Leider habe es in der Sitzung des SteA dazu kein zufriedenstellendes Ergebnis gegeben. Der Ausschussvorsitzende habe ihn mehrfach belehrt, dass über solche Themen im Ausschuss nicht gesprochen werde. Auch Einzelfälle, die beispielhaft genannt worden seien, seien als besondere Lokalitäten bezeichnet worden, wo im Hintergrund sexuelle Dienstleistungen angeboten werden. Damit würden schwule Kneipen mit Bordellen gleichgestellt. Das Unverständnis der Politik über die Beschaffenheit der genannten Lokale habe ihn verwundert.

Die stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG LST haben sich im Nachgang zu diesem Thema beraten und festgestellt, dass hier dringender Aufklärungsbedarf bestehe. Es sei ganz deutlich geworden, dass es sich hier um ein politisches und kein veraltungstechnisches Thema handele. Die Art und Weise, wie Bebauungspläne erlassen werden, wirkten für schwule Kneipen diskriminierend und erforderten ein Handeln der

StadtAG LST. Er habe aufgrund der Bekanntmachung des Bebauungsplans Nördliche Severinstraße mit einer Mitarbeiterin der Stadtplanungsamtes telefoniert, es sei ein sehr informatives Gespräch gewesen. Das Thema müsse nun in zwei Richtungen weiter verfolgt werden. Daher haben die Mitglieder der StadtAG LST die beiden vorliegenden Dokumente entwickelt.

Die Anfrage sei an die Verwaltung gerichtet. Es werde die grundsätzliche Frage gestellt, ob die zukünftige Anwendung derartiger Bebauungspläne durch den Spielhallenerlass der Landesregierung vom 30.04.2013 hinfällig sei und wann damit zu rechnen sei, dass die Anwendung des Spielhallenerlasses diese Bebauungspläne ersetze. Es gebe ein Gutachten, dass dieser Prozess noch sehr lange dauern könne. Zweitens stelle er die Frage, welche Bebauungspläne, die einen Ausschluss von Vergnügungsstätten beinhalten, sich aktuell im Verfahren befinden. Dazu bitte er um Mitteilung des aktuellen Sachstandes. Nach der letzten Sitzung der StadtAG LST sei er bereits davon ausgegangen, dass zurzeit keine weiteren Bebauungspläne anstehen. Der Blick auf die Tagesordnung des SteA habe dann jedoch Überraschung hervorgerufen. Drittens bittet er um Mitteilung der Verwaltung, ob eine Einschätzung über mögliche Benachteiligung schwuler Gastronomiebetriebe möglich sei. Diese Frage gelte sowohl für bereits beschlossene, als auch für laufende Bebauungsplanverfahren.

Es bitte im Namen der stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG LST ausdrücklich darum, die Antworten auch dem Sozialausschuss und dem Stadtentwicklungsausschuss zur Verfügung zu stellen, damit das Thema auch dort weiter verfolgt werden könne.

Im zweiten Dokument gehe es um eine Beschlussempfehlung der stimmberechtigten Mitglieder, alle Bebauungspläne, die zum Ziel haben, auch Vergnügungsstätten auszuschließen, so zu modifizieren, dass schwule gastronomische Betriebe mit sog. Darkrooms nicht ausgeschlossen werden. Als Vorlage könne dazu der entsprechend angepasste Bebauungsplan Hohe Pforte dienen, der genau diese Modifikation beinhalte. Die Politik habe die Möglichkeit, sich hier deutlich zu positionieren. Er bitte im Namen der Mitglieder der StadtAG LST, den vorliegenden Antrag zu beschließen und an die zuständigen Gremien weiter zu leiten.

Frau Scho-Antwerpes erklärt, dass der Anlass der Überarbeitung der Bebauungspläne die hohe Zahl von Spielhallen gewesen sei. Dies halte sie und ihre Fraktion nach wie vor für richtig. Bei den Darkrooms spiele auch der gesundheitliche Aspekt eine wichtige Rolle. In diesen Lokalen werde Prävention geleistet. Wo und in welcher Form Sexualität ausgeübt werde, gehe die Politik nichts an. Man habe sich auf das Thema Darkrooms eingeschossen, was im heterosexuellen Bereich nicht geschehe. Sie unterstütze die Initiative der stimmberechtigten Mitglieder und sei der Auffassung, dass die Änderungen der Bebauungspläne sich vorwiegend gegen die weitere Ausbreitung von Spielhallen wenden sollen.

Frau Müller bittet, zwischen dem Ordnungsrecht und dem Planungs- und baurecht zu unterscheiden. Das Thema Spielhallen sei durch den Glücksspielstaatsvertrag etwas erleichtert worden. Tatsächlich könne es noch eine lange Zeit dauern, bis der Glücksspielstaatsvertrag mit den Konzessionen umgesetzt werden könne. Es gebe noch keine Klarheit, ob der Glücksspielstaatsvertrag vor dem EUGH stand halten werde.

Zwar gebe es weiterhin die Möglichkeit, Spielhallen beispielsweise in der Nähe von Schulen und Kindergärten zu verbieten, es gebe aber den Auftrag, die Ausbreitung von Spielhallen im Bereich besonderer Wohngebiete und Vergnügungsstätten, bei

denen es sich nicht um Gastronomie handele, zu vermeiden, um die Bezirkszentren zu schützen und einen Trading-down-Effekt zu verhindern. Gastronomie sei sowohl in Wohngebieten, als auch in besonderen Wohngebieten und in Bezirkszentren erlaubt.

Eine Gastronomie mit Darkroom gelte jedoch als Vergnügungsstätte. Die bereits existierenden Betriebe haben durch eine frühere Genehmigung Bestandschutz. Selbst wenn heute durch einen Bebauungsplan Vergnügungsstätten ausgeschlossen werden, haben sie weiterhin Bestandschutz. Der Bestandschutz gehe nicht durch Änderung eines Pachtverhältnisses oder aufgrund eines Betreiberwechsels verloren. Der Bestandschutz ginge nur dann verloren, wenn Baugenehmigungen neu erteilt werden müssten, z.B. wenn die Einrichtungen umgebaut oder Wände eingerissen oder aufgebaut werden.

Wenn Gastronomie beantragt werde, sei diese in der Regel zulässig. Erst wenn diese im Zusammenhang mit einem Darkroom beantragt werde, müsse geprüft werden, ob es sich um eine Vergnügungsstätte handele. In Zukunft könnten aber in besonderen Wohngebieten zum Schutz der Nachbarschaft Vergnügungsstätten ausgeschlossen werden, weil die Stadt wolle, dass auch in Innenstadtbereichen gewohnt werden könne. In Kerngebieten (wie beispielsweise an den Ringen) seien Vergnügungsstätten uneingeschränkt zulässig, sofern sie nicht explizit ausgeschlossen würden. In Mischgebieten seien Vergnügungsstätten ausnahmsweise zulässig.

Herr Wolter überlegt, dass es z.B. beim Station2B vor einigen Jahren einen Fall gegeben habe, bei dem es um Vergnügungssteuer gegangen sei. Man habe ihm damals erklärt, eine ganz normale Gastronomie zeichne sich beispielsweise durch einen ortsüblichen Getränkepreis, keinen Eintritt oder einen geringen Mindestverzehr, der im Gegenwert zu den dafür gebotenen Getränken stehe, aus. Die Gelegenheit zu sexuellen Handlungen gebe es dann gratis dazu. Dann werde keine Vergnügungssteuer veranlagt. Man müsse jetzt in der Verwaltung eine klare Regelung herbeiführen, wie hier in Zukunft verfahren werden solle. Es gebe auch Clubs im heterosexuellen Bereich, die hohe Eintrittspreise um 90 € verlangten, wo auch sexuelle Handlungen möglich seien. Hier gehe es um Betriebe, die vergnügungssteuerpflichtig gewesen seien. Er unterstütze den Antrag der stimmberechtigten Mitglieder.

Herr Schuhmacher erklärt, er könne nicht nachvollziehen, dass es der Politik eigentlich um die Einschränkung von Spielhallen gehe, in den Beschlüssen jedoch auch Betriebe, in denen sexuelle Handlungen möglich seien, betroffen seien. In der Bekanntmachung zur nördlichen Severinstraße werde dies ausführlich formuliert. Er fragt, ob im Sinne dieser Bekanntmachung bereits eine Kneipe, in der ein Bildschirm mit einem Pornofilm zu sehen sei, bereits ein sexuelles Unterhaltungsgewerbe sei. Nach der Formulierung in der Bekanntmachung könnten weite Teile der schwulen Gastronomie betroffen sein. Die ungenauen Formulierungen könnten längere Streitverfahren nach sich ziehen, weil der konkrete Einzelfall im Ermessen eines Sachbearbeiters liege. Er denke, der Auftrag der Politik gehe klar in Richtung Spielhallen und die Umsetzung der Verwaltung richte sich gegen sexuelle Amüsierbetriebe.

Herr Malavasi bittet, dass die Anfrage auf jeden Fall auch schriftlich beantwortet wird. Er halte es für wichtig, die Debatte aus dem formaljuristischen Verwaltungsbereich in den politischen Raum zu holen, da eine gesellschaftspolitische Frage dahinter stehe, die selbst in der lesbisch-schwulen Community nicht eindeutig beantwortet werden könne. Er glaube nicht, dass es der Politik ausschließlich nur um Spielhallen gehe. Die Diskussion im StEA sei nach seiner Einschätzung über das Thema Spielhallen hinaus gegangen. Er frage sich außerdem, vor was die Wohnbevölkerung konkret ge-

schützt werden müsse und welche Emissionen die Wohnbevölkerung stören könnten. Die Politik müsse abgrenzen, welche Betriebe sie in der Innenstadt wünsche und welche nicht. Es reiche ihm nicht, wenn es einen Bestandschutz für bestehende Lokale gebe, für die Eröffnung weiterer durch Bebauungspläne kein Raum mehr vorhanden sei. Daher wehre er sich gegen diese Beschlüsse der Politik und erwarte, dass diese sich klar positioniere.

Frau Müller erklärt, dass das Thema Vergnügungssteuer ein anderer Bereich sei. Das Planungsrecht definiere lediglich, was Gastronomie oder Vergnügungsstätte sei. Zum Bezirksteilzentrum Severinstraße könne sie sagen, dass das Thema nicht geschlechtsbezogen behandelt werde. Die Bezirksteilzentren haben durch die hohen Mieten, die durch die Ansiedlung der Spielhallen entstanden seien, einen Niedergang in ihren Strukturen des Einzelhandels erfahren. Es habe ein Trading-down-Effekt stattgefunden, weil Schaufenster verklebt seien, weil sie nicht als Schaufensterfronten nutzbar seien; es gebe über längere Strecken Flächen, die für den klassischen Einzelhandel nicht mehr zur Verfügung stehen. Durch die hohen Mieten entstehe eine Spiralwirkung, die Grundstückseigentümer daran hindere, ihre Flächen dem klassischen Einzelhandel zur Verfügung zu stellen. Von außen könnten Spielhallen und Vergnügungsstätten kaum unterschieden werden, weil beide häufig verklebt seien. Hiervon seien auch Bezirksteilzentren betroffen.

Herr Wolter kann die Argumentation zum Trading-down-Effekt nachvollziehen. Dies treffe jedoch auf schwule Kneipen, egal ob mit oder ohne Darkroom, nicht zu. Diese sähen nicht anders aus als andere Eckkneipen auch. Es stelle sich die Frage, wo der Unterschied zwischen einer Kneipe sei, die im hinteren Bereich einen weniger stark beleuchteten Raum zur Verfügung stelle zu einer anderen Kneipe mit einem zweiten Raum, wenn von Seiten des Gastronoms keine weiteren Anbahnungsmaßnahmen unternommen werden.

Frau Müller fragt dazu, welche Gastronomie so beantragt wurde. Anträge könnten nur so bearbeitet werden, wie sie der Verwaltung vorliegen. Sie gehe davon aus, dass es sich in den meisten Fällen um gastronomische Betriebe handele, die als solche von der Stadt genehmigt worden seien.

Herr Götting erklärt zum Genehmigungsverfahren, dass ihm keine Gaststätte bekannt sei, die ihren Antrag mit dem Hinweis auf einen Darkroom gestellt habe. Diese Gaststätten seien der Stadt Köln bekannt und würden schon seit Jahrzehnten geduldet. Probleme entstünden nur dann, wenn es zu einer Außenwirkung komme. Man müsse beachten, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz beachtet werden müsse, da es nicht nur um schwule Lokale gehe, sondern auch Heterosexuelle in Swingerclubs sollten ausgeschlossen werden. Man könne nicht Vergnügungsstätten ausschließen mit Ausnahme von schwulen Lokalen mit Darkrooms, weil dann gegen das Gleichbehandlungsprinzip verstoßen werde.

Herr Schuhmacher interessiert die Frage, was passiere, wenn man auf der Bonner Straße eine Gastronomie mit Darkroom beantrage und gegen eine mögliche Ablehnung klage. Man laufe in den Innenstadtzentren Gefahr, dass eine hohe Zahl von Lokalen schließen müsse, wenn es nach den Beschwerden der Nachbarschaft gehe. Es fänden sich auch viele Anwohner, die sich über den Lärm, den Raucher nachts auf der Straße verursachten, angehen wollten. So könne bald alles abgeschafft werden, was mit Lärm und Emissionen, Spielhallen oder sexuellem Vergnügen zu tun habe. Man könne sich auch gegen die Emissionen durch Glockengeläut wenden. Die Frage, wie die Stadt in diesen Bereichen aussehen soll, müsse von der Politik beantwortet

werden. Die Politik müsse präzisieren, wie eine Großstadt wie Köln nach ihren Vorstellungen aussehen solle.

Frau Müller erläutert, dass in der Bekanntmachung zur nördlichen Severinstraße Begriffe verwendet worden seien, die im Planungsrecht Grundlage für Beurteilungen seien. Diese seien nach der obersten Rechtsprechung erforderlich. Der Rat habe Planungshoheit und müsse in seinen Entscheidungen Abwägungen treffen.

Herr Malavasi reagiert auf das Argument von Herrn Götting, es dürfe keine Bevorzugung geben, er gehe davon aus, wenn etwas schwulen Kneipen ermöglicht werde, müsse es auch anderen ermöglicht werden. Er erklärt, dass nur wenige schwule Betriebe ihre Schaufenster zukleben. Man könne unterschiedlicher Meinung sein, ob man in einer Stadt Vergnügungsstätten oder schwule Betriebe wolle oder nicht. Die Richtung müsse von der Politik bestimmt werden. Die Debatte müsse fortgeführt werden. Es müsse darüber nachgedacht werden, wohin sich die Stadt Köln entwickeln wolle; hier sei die LSBT-Kultur ein wichtiger Bestandteil der Stadtgesellschaft. Er möchte nicht nur, dass dieser wichtige Teil der Stadtkultur geduldet werde, es müsse sich auch weiter ein Leben in der Stadt entwickeln. Dazu reiche eine Duldung und ein Bestandschutz nicht aus. Er werde zu diesem Thema weiter den Austausch suchen und auch mit den Gastronomen sprechen.

Herr Saurenbach widerspricht Herrn Götting, Swingerclubs seien mit Darkrooms zu vergleichen. Darkrooms hätten eine wichtige Aufgabe und Aufklärungsarbeit sei in Swingerclubs weder üblich noch möglich; dort fände auch Prostitution statt. Im schwulen Bereich fließe kein Geld. Ein Zusammenhang mit Prostitution bestehe nicht. Schon der frühere Leiter des städtischen Gesundheitsamtes habe die wichtige Funktion der Darkrooms für die Aufklärungsarbeit erkannt und die Betriebe unterstützt. Aufgrund der Intervention des Gesundheitsamtes seien die schwulen Betriebe durch das Ordnungsamt geduldet worden.

Frau Wolf schließt sich Herrn Saurenbach an. Swingerclubs nähmen ganz andere Preise als schwule Gastronomiebetriebe. Dies gelte sowohl für Eintritts- als auch für Getränkepreise. Sie habe alle schwulen Betriebe besucht und halte den Aufklärungsansatz für wichtig.

Herr Götting fragt, was in den Darkrooms passiere. Man wolle Gleichberechtigung für LSBT erreichen, dafür sei auch die StadtAG LST eingerichtet worden. Auch in normalen Eckkneipen sei es verboten, in hinteren Gasträumen sexuelle Handlungen vorzunehmen. Man müsse darüber diskutieren, was akzeptiert werden könne oder nicht. Dies sei eine politische Entscheidung. Er überlege, warum es möglich sein müsse, in einer Kneipe sexuelle Handlungen vorzunehmen. Dies sei für Personen, die nichts damit zu tun haben, sehr schwer zu begreifen. Es sei nicht einfach, Entscheidungsträgern verständlich zu machen, dass sexuelle Handlungen in Darkrooms erforderlich seien.

Herr Malavasi erklärt, dass die Fragestellung nicht sei, warum ein Darkroom erforderlich sei, sondern warum dies nicht möglich sein solle. Nicht alle heterosexuellen Menschen hätten Sex zu Hause und auch sie hätten ihre Möglichkeiten zu Sex im öffentlichen Raum. Er sei aber dankbar, die Debatte nun endlich mit politischen Entscheidungsträgern führen zu können.

Herr Rahmfeld stellt fest, dass die Anfrage der stimmberechtigten Mitglieder an die Verwaltung einstimmig gestellt wird. Er sagt Frau Müller zu, ihr diese schriftlich zu ü-

bermitteln und bittet sie, diese zur nächsten Sitzung der StadtAG LST schriftlich zu beantworten.

Herr Rahmfeld stellt die Beschlussempfehlung der stimmberechtigten Mitglieder zur Abstimmung. Der Text lautet wie folgt:

„Die Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender fordert den Rat der Stadt Köln auf, alle Bebauungspläne, die zum Ziel haben u.a. Vergnügungsstätten auszuschließen, dahingehend zu modifizieren, dass schwule gastronomische Betriebe mit sogenannten Darkrooms sowie ähnlich gelagerte Betriebe nicht durch einen entsprechenden Ausschluss betroffen sind. Als Vorlage kann hierzu der entsprechend angepasste Bebauungsplan zur Hohen Pforte heran gezogen werden, der genau diese Modifikationen beinhaltet.“

Begründung:

Der Rat der Stadt Köln beschließt seit geraumer Zeit eine Fülle von Bebauungsplänen, die – laut Aussagen der Politik – im Kern zum Ziel haben Spielhallen und Sexshops in ihrer Ausbreitung zu verhindern. Aufgrund juristischer Zusammenhänge beinhalten diese Bebauungspläne auch den Ausschluss von Vergnügungsstätten.

Als Teil der existierenden und für die schwule Stadtkultur wichtigen Einrichtungen von Kneipen mit Darkroom, ist nicht eindeutig geklärt inwiefern es sich bei diesen Betrieben um Gastronomie oder Vergnügungsstätten handelt. Damit sehen sich eventuelle Antragsteller für Baugenehmigungen einem unkalulierbaren Ermessensspielraum der Verwaltung ausgesetzt. Vor diesem Hintergrund ist eine Klarstellung durch den Rat der Stadt Köln erforderlich, da eine derartige Einschätzung, die auch immer über eine moralische und damit gesellschaftspolitische Dimension verfügt, nicht allein durch die Verwaltung getätigt werden sollte. In der aktuellen Situation werden bei entsprechender Auslegung schwule Gastronomiebetriebe grundlos benachteiligt.“

Der Beschluss wird einstimmig gefasst. Er wird den zuständigen Ausschüssen des Rates (Sozialausschuss und Stadtentwicklungsausschuss) als Mitteilung zugeleitet.

5.3 Homophobie im Fußball

Herr Rahmfeld teilt mit, dass bereits im Sommer einige Gespräche zum Thema „Homophobie im Fußball“ mit dem FC-Fanclub „Andersrum Rut-Wiess“ und dem Lizenzgeber des Come-Together-Cup stattgefunden haben. Gemeinsam mit diesen Vertretern der Community sei dann vereinbart worden, sich des Themas anzunehmen.

Der Fanclub „Andersrum Rut-Wiess“ gehöre dem Netzwerk „Queer-Football-Fanclubs“ (QFF) an. Die Vereinigung arbeite mit FARE (Football against Racism in Europe), der European Gay and Lesbian Federation und dem Deutschen Fußball Bund (DFB) zusammen. Außerdem sei sie Mitglied bei Football Supporters Europe (FSE), einer europäischen Fan-Vereinigung.

Der QFF gehörten Fanclubs aus Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden an. Seit 2008 haben sie regelmäßig an der CSD-Parade in Köln teilgenommen.

Die QFF treffen sich zwei Mal jährlich in unterschiedlichen Städten. Das nächste Treffen im Januar 2014 werde „Andersrum Rut-Wiess“ ausrichten. Die Sprecher des Fanclubs haben um Unterstützung und um Beteiligung der Stadt Köln gebeten (z.B. auch bei der Raumsuche). Nun werde die Tagung im „12. Mann“ im RheinEnergie-Stadion stattfinden.

Für den frühen Abend sei ein Empfang des Oberbürgermeisters im Rathaus geplant, zu dem der Oberbürgermeister die Fanclubs begrüßen werde.

Außerdem sei eine gemeinsame Aktion der Stadt Köln mit dem 1. FC Köln geplant. Diese solle zum Heimspiel des FC gegen Arminia Bielefeld stattfinden.

Zu der Aktion werde sowohl Oberbürgermeister Roters, als auch der Bielefelder Oberbürgermeister Pit Clausen im Stadion sein. Es solle evtl. ein Banner ausgerollt und ein paar kurze Sätze gesagt werden. Genaues müsse jedoch noch mit den Beteiligten abgestimmt werden. Auch die lesbisch-schwulen Fanclubs der beiden Vereine sollten eingebunden werden. Näheres könne auf der nächsten Sitzung mitgeteilt werden, wenn weitere Gespräche mit der Geschäftsführung des FC stattgefunden haben. Wichtig sei auch der Termin des Spiels. Er hoffe, dass das Spiel so terminiert werden könne, dass beide Oberbürgermeister an der Aktion teilnehmen könnten.

6 Berichte aus Ausschüssen

Frau Brauckmann berichtet aus dem Ausschuss für Soziales und Senioren, es sei ein Leitfaden zu Rassismuskritischer Sprache vorgestellt worden. Er sei bemerkenswert gewesen. Sie rege an, evtl. auch mal einen Leitfaden zu Sexismuskritischer Sprache zu verfassen. Vielleicht sei es sinnvoll, den Leitfaden zu Rassismuskritischer Sprache in der nächsten Sitzung der StadtAG LST zu verteilen, da Ausländerfeindlichkeit und Homophobie nah beieinander lägen.

7 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

Zu diesem Punkt gibt es keine Wortmeldungen.

8 Anfragen/Anträge

Frau Brauckmann erklärt, dass der Punkt Adoption wieder von der Tagesordnung zurückgezogen worden sei, dass die stimmberechtigten Mitglieder jedoch eine Anfrage an die Verwaltung formuliert haben. Sie bitte, die Frage, die an das Dezernat für Bildung, Jugend und Sport gerichtet sei, zur nächsten Sitzung schriftlich zu beantworten und das Thema als Schwerpunktthema in der Sitzung am 20.01.2014 zu behandeln. Herr Meschig vom Beratungszentrum RUBICON werde ebenfalls an der Sitzung teilnehmen. Sie bitte darum, dass zu dieser Sitzung auch eine kompetente Ansprechpartnerin bzw. ein kompetenter Ansprechpartner der Verwaltung zur Verfügung steht.

Herr Rahmfeld sagt zu, das Dezernat für Bildung, Jugend und Sport um schriftliche Beantwortung der Anfrage zur nächsten Sitzung zu bitten. Er lädt Herrn Meschig herzlich zur nächsten Sitzung der StadtAG LST ein.

9 Öffentlichkeitsarbeit

Herr Rahmfeld erläutert, dass im Jahr 2013 zwei Pressemitteilungen der StadtAG LST nicht durch das Presseamt veröffentlicht worden seien. Statt dessen sei den stimmberechtigten Mitgliedern ein Presseverteiler zur Verfügung gestellt worden mit der Bitte, die Pressemitteilung selbst zu veröffentlichen.

Frau Dr. Blatz wundert sich darüber, dass ein städtisches Gremium Veröffentlichungen selbst durchführen müsse. Politisch sei es klüger, wenn ein städtisches Gremium auch von außen als solches erkannt werde. Dies sei durch städtische Pressemitteilungen besser zu erreichen.

Frau Schürmann erklärt dazu, der zur Verfügung gestellte Presseverteiler decke alle relevanten Kölner Medien ab. Das Presseamt veröffentliche ausschließlich die abgestimmte Verwaltungsmeinung oder Ratsbeschlüsse, die am Ende eines Willensbildungsprozesses für die Gesamtstadt Köln stehen. In städtischen Gremien wie der StadtAG LST werde nicht unbedingt die Verwaltungsmeinung hergestellt, auch wenn sie von der Stadtverwaltung betreut werden. Durch die Veröffentlichung von Pressemitteilungen durch die stimmberechtigten Mitglieder selbst bestehe die Möglichkeit, sich inhaltlich freier zu äußern. Auch für die Fraktionen des Rates werde durch das Presseamt keine Öffentlichkeitsarbeit betrieben.

Herr Schuhmacher erläutert, dass auch schon Pressemitteilungen durch das Presseamt veröffentlicht worden seien. Er fragt, wie dieses Verfahren konkret geregelt sei. Die StadtAG LST sei ein Gremium, das vom Rat eingerichtet worden sei.

Frau Schürmann teilt dazu mit, im Kopfbogen einer städtischen Pressemitteilung stehe „Stadt Köln – Der Oberbürgermeister“. Die StadtAG sei in ihrer Entscheidungsbildung nicht in die Strukturen der Verwaltung eingebunden. Die Stadt veröffentliche ausschließlich abgeschlossene Verwaltungsmeinungen der Stadt Köln oder Ratsbeschlüsse. Sie sei gerne bereit, bei Pressemitteilungen und Veröffentlichungen der StadtAG LST und ihrer Geschäftsführung beratend zur Seite zu stehen.

Herr Malavasi fragt, wieso dennoch Pressemitteilungen z.B. des Integrationsrates veröffentlicht werden und welche Möglichkeiten es gebe, dass Veröffentlichungen der StadtAG LST auch auf der städtischen Internetseite erscheinen.

Frau Schürmann gibt an, es gebe einen ständigen Kontakt des Presseamtes mit der Onlineredaktion. Sie werde die Frage dort ansprechen und mit den Kolleginnen und Kollegen zusammen überlegen, ob Veröffentlichungen über die Homepage möglich seien.

Frau Dr. Blatz betont, dass die StadtAG LST ein politisches Gremium sei, das von der Stadt gewollt sei. Sie könne sich nicht vorstellen, dass kein politischer Meinungsbildungsprozess außerhalb der abgestimmten Verwaltungsmeinung möglich sei. Dies müsse auch öffentlich sichtbar sein.

Frau Schürmann erklärt, dass auch die Fraktionen des Rates politische Gremien seien, deren Beschlüsse ebenfalls nicht durch das Presseamt veröffentlicht werden.

Herr Schuhmacher bittet, die Kriterien für die städtische Pressearbeit zur Verfügung zu stellen.

Herr Malavasi bittet die Geschäftsführung der StadtAG, sich beim Integrationsrat zu erkundigen, wie dort die Pressearbeit laufe. Von welcher Abteilung die Pressemitteilungen auf der städtischen Homepage veröffentlicht werden, sei ihm nicht wichtig; wichtig sei, dass eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit stattfinde.

Herr Rahmfeld teilt dazu mit, er habe sich wegen des Themas bereits mit der Geschäftsführung der StadtAG Behindertenpolitik in Verbindung gesetzt. Auch dort werden nicht alle Pressemitteilungen über das Presseamt veröffentlicht. Dort werde so verfahren, wie von Frau Schürmann vorgeschlagen, dass die stimmberechtigten Mitglieder der StadtAG Behindertenpolitik selbst Veröffentlichungen über den zur Verfügung gestellten Verteiler vornehmen.

Herr Schuhmacher ist überzeugt, dass eine Veröffentlichung über das Presseamt einer Mitteilung eine andere Bedeutung verleihe. Er bittet um eine abschließende Klärung.

Herr Rahmfeld sagt zu, mit dem Integrationsrat Kontakt aufzunehmen, um die dortige Verfahrensweise zu erfragen. Nach Klärung werde er der StadtAG LST darüber berichten

10 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

10.1 Termine der Stadt AG LST im Jahr 2014

Herr Rahmfeld erklärt, dass für das Jahr 2014 bisher lediglich zwei Termine festgelegt werden konnten, da am 25.05.2014 die Kommunalwahl in NRW stattfindet und Ausschusstermine für die zweite Jahreshälfte noch nicht bekannt seien. Diese könnten erst dann festgelegt werden, wenn der neu gewählte Rat über die Zahl und die Zusammensetzung der Ausschüsse entschieden habe. Auch im Mai und in den Osterferien sei es nicht möglich, eine Sitzung der StadtAG LST durchzuführen. Von daher kämen nur die in der als Tischvorlage vorliegenden Sitzungsplanung 2014 genannten Termine am 20.01.2014 und am 31.03.2014 in Frage.

Auch die StadtAG LST werde sich nach der Sommerpause aufgrund der Regelungen der neuen Geschäftsordnung neu zusammensetzen.

Herr Rahmfeld spricht weiter die Themen für die nächste Sitzung am 20.01.2014 an. Das Thema Adoption werde als Schwerpunktthema einen großen Teil der Sitzung in Anspruch nehmen. Sollte die Arbeitsgruppe zu Städtepartnerschaften bis zur nächsten Sitzung nicht mehr tagen, bittet er, Herrn Wolf zu entlasten und das Thema Städtepartnerschaften erst in der Sitzung am 31.03.2014 erneut zu behandeln. Sollten sich Neuigkeiten ergeben, werde Herr Wolf selbstverständlich eingeladen. Mit diesem Vorgehen erklären sich die stimmberechtigten Mitglieder einverstanden.

Außerdem werde auch das Thema Bebauungspläne mit der Anfrage und der Beschlussempfehlung aus der heutigen Sitzung thematisiert und der aktuelle Sachstand zur Aktion gegen Homophobie im Fußball präsentiert.

Herr Siemens erinnert daran, dass auch das Thema Diversity ständiges Thema der Tagesordnung ist und sich die neue Dienststellenleiterin dort vorstellen werde.

Zur nächsten Wahlperiode werden sich die Mitglieder Themenschwerpunkte überlegen, von denen eines auch das Thema Wirtschaftsfaktor sein werde.

11 Verschiedenes

Zu diesem Thema gibt es keine Wortmeldungen.

Zum Abschluss der Sitzung wünscht Herr Rahmfeld allen Anwesenden eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr 2014.

gez. Rahmfeld
(Geschäftsführung)

gez. Knaup
(Fachstelle für LST)